

Für die Freie Bürgerliste sprach Gemeinderat Karl Münzinger:

Der Entwurf des Haushaltsplanes für das Jahr 2011 haben wir seit geraumer Zeit in den Händen. Immer wieder haben wir im Vorfeld gehofft, dass wir nach dem schlechten Jahr 2010, im neuen Jahr besseren Zeiten entgegen gehen. Doch dies hat sich leider als Trugschluss erwiesen. Wir beraten und beschließen erneut über ein Planwerk, das uns keinerlei Handlungsspielraum eröffnet. Ehe ich jedoch tiefer in das Planwerk einsteige, möchte ich mich im Namen der Freien Bürgerliste für die Vorlage des Entwurfs bei ihnen Herr Ruckh, natürlich bei unserem Kämmerer Herrn Haug und ebenso selbstverständlich bei all den Damen und Herren der Verwaltung bedanken, die an der Aufstellung des Planwerks mitgewirkt haben.

Ihrem Vorgänger, Herrn Emhardt hatten wir gewünscht, dass er zum Abschluss seiner Amtszeit es wahrlich verdient gehabt hätte nicht mit dem schlechtesten Haushaltsplan in seiner 32 jährigen Amtszeit verabschiedet zu werden. Und ihnen Herr Ruckh hätten wir alle ebenfalls gewünscht, mit einem besseren Planwerk starten zu können. Der erste Haushaltsplan als Bürgermeister unserer Gemeinde und dieser ausgestattet mit einer negativen Zuführungsrate von über 900000 €. Ein Tost bleibt und den teilen wir mit ihnen: „Es kann nur noch besser werden“.

Eingebrochen ist in den beiden letzten und in diesem Jahr vor allem das Zugpferd unserer Gemeinde, die Gewerbesteuer. Lag sie im Jahr 2008 noch bei 5,3 Mio. € so mussten wir im abgelaufenen Jahr mit mäßigen 900.000 € uns begnügen. Das waren über 2 Mio. Euro weniger als im letzten HHPlan veranschlagt waren. Gestopft konnte dieses Loch nur durch die Aufnahme von Kassenkrediten werden. Und in diesem Jahr stehen mutige 1,8 Mio. € im Planwerk von denen wir heute auch noch nicht wissen, ob sie in dieser Höhe eingehen werden. Aber seit Monaten wird das Ende der Finanzkrise verkündet und die Vollbeschäftigung propagiert. Irgendwann wird dies auch in Wolfsschlügen spürbar sein. Daher sind wir zuversichtlich, dass der eingestellte Betrag bei den Einnahmen in der Gewerbesteuer erzielt wird in diesem Jahr. Eine bessere Finanzlage in den nächsten Jahren erreichen wir aber auch dadurch, dass sich die Ausgaben bei der Gewerbesteuerumlage, der Finanzausgleichsumlage und der Kreisumlage durch die verminderten Einnahmen in den Jahren 2009 und 2010 deutlich reduzieren werden. Darüber hinaus kommen wir in den Genuss von Ausgleichszahlungen aufgrund der mangelnden Steuerkraft in diesen beiden Jahren. Als leichten 2. Hoffnungsschimmer betrachten wir die prognostizierten Zuführungsrate in den beiden kommenden Jahren vom Verwaltungshaushalt zum Vermögenshaushalt in Höhe von rd. 1,6 Mio. € bzw. 0,8 Mio. €, die im Investitionsplan ausgewiesen sind.

Die beiden Jahre 2010 und 2011 zeigen uns überdeutlich, wie abhängig unsere Finanzsituation von den Gewerbesteuereinnahmen ist. Sprudelt diese Einnahme nicht in der gewohnten Form, fehlt es an allen Ecken und Enden. Folglich müssen wir unser Augenmerk verstärkt auf die Reduzierung der Ausgaben und der Erhebung von kostendeckenden Gebühren richten. In allen

Bereichen wird es sich nicht realisieren lassen. Während wir bei den Wasser- und Abwassergebühren auf dem Laufenden sind, wird uns dies bei den Friedhofsgebühren, den Kindergartengebühren, den Ausleihgebühren bei der Bücherei oder den Musikschulgebühren nur minimal gelingen. Der Anhebung der Friedhofgebühren haben wir im letzten Tagesordnungspunkt zugestimmt. Wohl wissend, dass wir nur einen Kostendeckungsgrad von rund 70 % erreichen werden. Im Vergleich zu den anderen Gemeinden liegen wir damit aber nicht schlecht. Bei den Kindergarten- und den Ausleihgebühren der Bücherei sind wir ebenfalls auf dem Laufenden. Einen höheren Kostendeckungsgrad lässt sich bei diesen Einrichtungen kaum erzielen. Ernsthafte Gedanken müssen wir uns bei der Musikschule machen. Um nicht falsch verstanden zu werden führen wir aus, dass eine musikalische Unterrichtung unserer Kinder und die Erlernung eines Instruments für uns selbstverständlich sind. Worüber wir uns aber Gedanken machen müssen ist die Betriebsform in der wir Musikunterricht erteilen. Unsere Vorstellung geht in die Richtung einer Kooperation mit einer Musikschule in der Umgebung. Aufgabe der Verwaltung müsste es sein zu sondieren und zu untersuchen, ob eine solche Lösung denkbar ist mit den dazu gehörigen Vor- und Nachteilen. Der vorliegende Haushaltsentwurf beinhaltet die Erstellung mehrerer Gutachten. Das eine betrifft ein Personalgutachten für die Kernverwaltung. Die Erstellung dieses Gutachtens macht nur Sinn, wenn als Ergebnis eine Personaleinsparung verbunden ist. In den kommenden Jahren werden Mitarbeiter altershalber aus dem Dienst ausscheiden. Darüber hinaus wurden Aufgaben privatisiert. Eine Umverteilung der Aufgaben wird zwangsläufig anstehen. Letztendlich werden Aufgaben in der Verwaltung mit einem Aufwand ausgeführt der zumindest in dieser Form für uns als Gemeinderäte nicht immer nachvollziehbar ist. Ich denke dabei beispielsweise an die jährliche Personalbewertung die einen enormen Personaleinsatz bindet und mit dem Ergebnis endet, dass die allerwenigsten mit dem Ergebnis zufrieden sind. Eine pauschale Verteilung der Erfolgsprämie spart Zeit und Ärger und ist genauso zulässig wie die andere Lösung zumal das Landratsamt als Rechtsaufsichtsbehörde genau nach diesem System verfährt. Sicher gibt es noch weitere Arbeiten, über deren Ausführung ein solches Gutachten Auskunft gibt. So gesehen, werden wir den Betrag im Haushaltsplan belassen.

3 Die Erstellung eines weiteren Gutachtens betrifft die Untersuchung der Übernahme der Stromnetze durch die Gemeinde. Wir werden einem solchen Antrag nicht zustimmen. Die Schlagzeile der Beratung in der Nachbargemeinde lautete: „Kein Poker beim Stromnetz“. Dem können wir uns nur anschließen. Man kann zur EnbW bzw. zum Neckarelektrizitätsverband stehen wie man will; eines muss man bestätigen: Es hat in der Vergangenheit problemlos funktioniert und wir haben eine sichere und kalkulierbare Einnahmequelle durch die Konzessionsabgabe. Wir sind nicht bereit, dies ohne Zwang aufs Spiel zu setzen, zumal die Übernahme des Leitungsnetzes mit Kosten verbunden ist, die wir ohnehin nicht haben und wir für die Unterhaltung des Netzes uns Stadtwerken anschließen müssten, von denen

wir nicht wissen, ob der Service besser oder schlechter sein wird. Am Herzen liegt uns noch die Weiterbetreibung des Hochwasserschutzkonzeptes. Auch wenn keine Finanzmittel zum Bau irgendwelcher Baumaßnahmen enthalten sind, beantragen wir die Weiterbetreibung der Konzeption, Beratung im Gemeinderat und Diskussion mit der Bevölkerung damit wir zu einer Entscheidung kommen. Damit ist nicht gesagt was und wann etwas gebaut wird. Aber wir erarbeiten Lösungsvorschläge die im Bedarfsfall sich realisieren lassen. Die Haushaltsrede möchte ich auch diese Jahr zum Anlass nehmen, mich im Namen der Freien Bürgerliste bei den Vereinen, Gruppierungen, Organisationen und den Kirchen zu bedanken, die sowohl im kulturellen wie sportlichen Bereich zu einer Bereicherung unseres Gemeindelebens im vergangenen Jahr beigetragen haben. Mein Dank gilt darüberhinaus den Damen und Herren des Gemeinderats und der Verwaltung für die gute Zusammenarbeit im zurückliegenden Jahr. Die Freie Bürgerliste wird dem Haushalt 2011 zustimmen.

Sprecher der Unabhängigen Wählervereinigung Gemeinderat Bernd Schäfer:

Die Rede für den diesjährigen Haushalt war auf der einen Seite leicht und auf der anderen Seite jedoch schwierig zu formulieren. Deshalb möchte ich dieses mal mit dem Leichten, den eigentlichen Schlussworten, beginnen und mich im Namen der UW bei Herrn Haug als Kämmerer, seinem Team, ja bei der ganzen Verwaltung für die Aufstellung und Hilfe beim Bearbeiten dieses Zahlenwerkes recht herzlich danken. Ebenfalls möchten wir Herrn Bürgermeister Ruckh für die gute Zusammenarbeit in den ersten Monaten seines Wirkens hier in Wolfschlugen Dank sagen, ihm auch weiterhin ein „gutes Händchen“ und eine konstruktive Zusammenarbeit mit dem Gemeinderat und allen Beteiligten hier in Wolfschlugen wünschen. Einen ganz besonderer Dank gilt seitens der UW allen Vereinen, Kirchen und Institutionen mit ihren hauptamtlich und vor allem den vielen ehrenamtlich tätigen Personen, ohne die eine Gemeinde, wie die unsere, nicht funktionieren würde und nicht überlebensfähig wäre. Dieser aller genannten Personenkreise, ihren Bedürfnissen und Wünschen, den Zielen und dem Machbaren, hierauf wird in den kommenden Monaten und Jahren unser aller Planen, Diskutieren und Realisieren gerichtet sein. Das WAR und IST zu analysieren und aufzuarbeiten, das SOLL und SEIN zu begutachten und zu hinterfragen, nur dann kommen wir wieder in ein Fahrwasser in dem wir alle agieren und nicht nur reagieren können! So, eigentlich würden diese Zeilen für den diesjährigen Haushalt ausreichend sein, denn wir haben kein Geld, Einsparungen wurden im vergangenen Jahr beantragt, besprochen und größtenteils umgesetzt, Pflichtaufgaben sind notwendigerweise zu erledigen und die sonstigen Wünsche nicht zu realisieren.

So einfach dies sich anhört, ist es aber dennoch nicht und deshalb möchten wir, im Gegensatz zu unseren sonstigen Haushaltsansprachen, ein paar Zahlen des diesjährigen Haushaltes mit unseren Ansichten darlegen. Soll man den allgemeinen Aufschwungshoffnungen in der Presse glauben, kann die Finanz- und Wirtschaftskrise der vergangenen zweieinhalb Jahre abhakt und optimistisch und schwungvoll nach vorne geschaut werden!?! Oder aber den nackten Tatsachen und Fakten unseres Haushaltsplanentwurfes für das Jahr 2011 folgen und pessimistisch in die Zukunft gehen!?!

Weder das Eine noch das Andere ist das einzig Richtige und ein bisschen Optimismus muss schon sein, auch wenn uns der überall gepriesene Wirtschaftsaufschwung in unserer Finanzkasse noch nicht ersichtlich geworden ist und auch in absehbarer Zeit bei uns nicht sein wird.

Die Haushaltsdebatte im vergangenen Jahr war geprägt von Streichungen, Einsparungen und Reduzierungen in allen Bereichen unseres kommunalen Haushaltes. Und dies war gut, wichtig und vor allem mit einem großen Einvernehmen von Gemeinderat und Verwaltung so beschlossen worden. Auch die Handhabung und Durchführung seitens aller Beteiligten kommunalen Institutionen im vergangenen Jahr, zeigte erste Früchte die Ziele umzusetzen. Auf diesem Weg heißt es nun weiterzugehen und Machbares noch möglich zu machen. Doch dies wird nicht leicht für alle Beteiligten, d.h. alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Verwaltung, Gemeinderat, Vereine, Institutionen, Schule, Kindergärten und sonstiger Einrichtungen, ja alle Bürgerinnen und Bürger, werden so manches Liebgewonnene und Selbstverständlichgewordene was in den vergangenen Jahren und Jahrzehnten dazugehört hat in Frage stellen und eventuell streichen müssen. „Zahlen lügen nicht!“, heißt eine Redewendung und wenn man den uns vorliegenden Haushaltsplanentwurf nimmt und den Worten unserer Verwaltung Achtung schenkt, dann heißt es für 2011 Vorsicht walten zu lassen und die bleibenden Möglichkeiten mit Bedacht einzusetzen. Und dies nicht nur für das kommende Jahr, sondern auch für die Folgejahre nachhaltig mit den uns zur Verfügung stehenden Ressourcen zu wirtschaften.

Wir bekommen auch dieses Jahr nur einen Haushalt genehmigt,

- weil unsere Schlüsselzuweisungen an das Land sinken
- weil die Kreis-, Regions-, Finanzausgleichs- und Gewerbesteuerumlagen niedrig bleiben
- weil wir versuchen die Gebühren moderat zu erhöhen, um annähernd kostendeckend zu wirtschaften, um andererseits hierdurch Landeszuschüsse erhalten zu können
- weil wir nur Notwendiges und Pflichtaufgaben umsetzen können
- weil wir Wünschenswertes verschieben müssen

Ebenso bekommen wir auch dieses Jahr nur einen Haushalt genehmigt,

- wenn wir 3.000.000,- Euro Gewerbesteuer erhalten und keine hohen Rückzahlungen davon zu tätigen haben
- wenn wir 935.000,- Euro aus Grundstückerlösen erzielen können
- wenn wir unsere Personalkosten nicht erhöhen müssen

- wenn wir 2.590.000,- Euro Einkommenssteuer aus dem Gemeindeanteil erhalten
- wenn wir einen zusätzlichen Kredit in Höhe von 1.300.000,- Euro aufnehmen

und nur dann ist unser Haushalt genehmigungsfähig!

Was bedeuten diese Zahlen?

Wenn diese so eintreffen, haben wir am Ende dieses Jahres einen Schuldenstand von 4.800.000,- Euro und somit eine Prokopfverschuldung von 758,- Euro. Anders ausgedrückt jeder Wolfschlüger Bürger, vom Kleinkind bis zum Senior müsste 758,- Euro zahlen nur um den Gemeindehaushalt auszugleichen. Für einen Vierpersonenhaushalt würde dies eine zusätzliche Belastung von 3032,- Euro bedeuten, d.h. und nur dann, wenn wir diesen Betrag in diesem Jahr begleichen würden. Da dies nicht geht, werden wir diesen Schuldenstand in den folgenden Jahren zahlen müssen. Sofern keine neuen Einkünfte diesen reduzieren oder aber zusätzliche Ausgaben diesen Betrag noch erhöhen werden.

Wir denken dieses kleine Zahlenspiel verdeutlicht an welcher finanziellen Stelle wir uns in Wolfschlügen befinden. Und diese finanzielle Lage wird nicht besser,

- da wir keine Rücklagen mehr haben um den bzw. die kommenden Haushalte auszugleichen
- da wir einen Fehlbetrag von 2.000.000,- Euro aus dem Jahr 2010 haben, welcher bis zum Jahr 2013 in den kommenden Haushalten auszugleichen ist
- da uns die Eigenkontrollverordnung zwingt Maßnahmen im Tiefbau vorzunehmen
- da wir einen zusätzlichen jährlichen Schuldendienst von 300.000,- Euro haben
- da die Instandhaltung der kommunalen Gebäude mit einem Mindestmaß sein muss
- da die Umsetzungen der Kleinkindbetreuung bis Mitte 2013 vom Staat vorgegeben ist.
- usw.

Dies ist nur eine kurze Aufzählung der wichtigsten Maßnahmen und Punkte, welche wir zu tun haben. Ganz zu schweigen von den Dingen und Wünschen die viele in Wolfschlügen gerne umgesetzt haben möchten. Diese Angelegenheiten sind in naher Zukunft nur machbar, wenn andere Vorhaben reduziert oder hierfür gestrichen werden. Dies gilt es zu achten und zu beachten!

Selbst wenn die finanzielle Situation besser wird, müssen wir, nach den Pflichtaufgaben, zuerst versuchen die Schulden zu minimieren und die Zinsen zu tilgen, sowie Rücklagen aufzubauen, um für künftige Einbrüche und Krisen besser gerüstet zu sein.

Wir haben noch Luft in unserem Haushalt, welche wir von der UW im vergangenen, wie auch in diesem Jahr nicht angehen möchten. Sollte sich die

Situation im Gemeindehaushalt in den nächsten Monaten jedoch nicht deutlich verbessern, so möchten wir die Verwaltung und die Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderats bitten bzw. beantragen, im Herbst dieses Jahres über Veränderungen, Reduzierungen, Aussetzungen und Streichungen von Freiwilligkeitsleistungen nachzudenken und zu besprechen. Unsere letzten Reserven im Haushalt betreffen unsere freiwilligen Leistungen für die Bürgerinnen und Bürger, für die Vereine und die vielen ehrenamtlich Tätigen in unserer Gemeinde, diese Haushaltspunkte wären z.B.:

- Sportplätze mit einem Zuschuss von 524.000,- Euro
- Sporthalle mit einem Zuschussbedarf von 452.000,- Euro
- Musikschule mit einem Zuschuss von 147.900,- Euro
(bzw. 130.000,- Euro nach der Gemeinderatsdeckelung)
- Bücherei mit einem Zuschussbedarf von 95.000,- Euro
- Jugendhaus mit einem Zuschuss von 61.200,- Euro
- Vereinsförderung mit Zuschüssen von gesamt 42.000,- Euro
- Weihnachtsmarkt mit einem Zuschuss von 3.000,- Euro

Dass diese Maßnahmen nicht alle und im vollen Umfang gestrichen werden können versteht sich von selbst, jedoch müssen wir, wenn es nicht anders geht, auch hierüber, mit Einbeziehung der Beteiligten, reden.

Wir von der UW sind optimistisch, dass es uns allen gemeinsam gelingen wird, solche Maßnahmen für dieses bzw. die kommenden Jahre nicht ergreifen zu müssen und unseren Haushalt in diesem, wie in den nächsten Jahren mit den bereits ergriffenen Optimierungen und der sich verbessernden wirtschaftlichen Lage zu konsolidieren und auch wieder neue Dinge realisieren zu können. Nun heißt es weiterhin für unser Wolfschlugen gemeinsam die Ärmel noch weiter hochzukrempeln, um vom Reagieren wieder zum Agieren zu kommen. Zum Schluss möchten wir den Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderats für die konstruktive, faire und sachliche Zusammenarbeit zum Wohle Wolfschlugens im vergangenen Jahr danken!

Gemeinderat Dr. Jürgen Deumer konstatierte für die CDU:

Dieser Haushalt ist ein Buch mit vielen roten Zahlen.

Minus 4,802 Millionen Kreditschulden.

Minus 3 Millionen laufende Kassenkredite. Er ist zugleich auch ein Kunstwerk – weil er genehmigt wird! Auch wir stimmen diesem HH zu.

Vor diesen roten Zahlen haben wir, in unseren Haushaltsreden, schon viele Jahre zuvor, also zur rechten Zeit gewarnt - leider ohne Erfolg!?

Man ist in solchen Augenblicken geneigt zu sagen - jetzt habt „Ihr“ den Salat...! Wir tun das nicht, wir machen keine Schuldzuweisungen - wir suchen einen besseren Weg, wollen zusammen Zukunft gestalten!

Wir sind davon überzeugt, dass mit der jetzigen Verwaltungsführung und der neuen Spitze, mit Ihnen Herr Ruckh, ein neuer Anfang möglich und unumgänglich ist.

Erste Schritte sind schon gemacht, weitere geplant, sodass wir zuversichtlich sind mittelfristig bis langfristig, gemeinsam, zu einer Konsolidierung unserer Gemeindefinanzen zu gelangen.

Ein Gefühl von „Wir“ und „Ihr“ darf dabei nicht aufkommen, auch wenn es schwierig wird und man selbst von einer Maßnahme berührt wird!

Wir werden uns nämlich von der Vorstellung verabschieden müssen, Haushaltskonsolidierung praktizieren zu können, ohne jemandem weh zu tun.

Jedes kommunale Betätigungsfeld wie Bildung, Musikschule, Betreuung, Ortssanierung, öffentliche Flächen und Sauberkeit usw. haben ihre Berechtigung, sind aber wie bisher nicht mehr zu finanzieren. Also muss überall die Frage erlaubt sein, ob eine Aufgabe überhaupt von der Gemeinde erledigt werden muss, und wenn ja bis zu welchem Grad der Erfüllung.

Es muss nicht immer „all inclusive“ sein und schon gar nicht immer „5 Sterne“! Für uns ist aber eindeutig klar, dass Bildung weiterhin prioritär behandelt werden muss. Bildung ist unabdingbare Voraussetzung für Zukunft.

So lautet unsere Empfehlung - nicht bei der Bildung sparen sondern für bessere Bildung sparen!

Aufgaben, für die es keine gesetzlichen Verpflichtungen gibt, sind zu hinterfragen.

Bei Land und Bund müssen wir deutlicher auf das Verursacherprinzip hinweisen und im Schulterschluss mit anderen Kommunen und Städten auch mal mit dem Rechtsweg drohen!

Wer nur schluckt und nicht rasselt – wird nicht gehört!

Mit unseren „Sparanträgen“ und in direkten Gesprächen mit Ihnen, Herr BM Ruck, haben wir Möglichkeiten aufgezeigt den Haushalt unserer Kommune sowohl kurzfristig wie auch langfristig zu entlasten. Wir sind in einem konstruktiven Gespräch und merken sehr wohl, dass Sie die Zeichen der Zeit richtig interpretieren.

Wir werden Sie und ihre Mitarbeiter auf diesem diffizilen Weg, mit allen uns zur Verfügung stehenden Mitteln unterstützen.

Wir sehen heute diese Haushaltsdebatte auch nicht als mögliche polarisierende politische Plattform sondern wollen, in der Nähe unserer „Sparanträge“ bleibend, nach Wegen suchen die uns aus dieser finanziellen Misere herausführen können.

Das ist momentan unser wichtigstes Ziel und sollte auch Ziel dieser heutigen und weiterer Beratungen sein!

Wir bitten jede Mitarbeiterin, jeden Mitarbeiter unserer Gemeinde mit uns, mit den Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates diesen Weg zu gestalten und zu gehen!

Wir sind für Vorschläge offen...

Was muss, was kann die Gemeinde tun und wenn ja bis zu welchem Grad der Erfüllung!?

Projekte die nicht verschoben werden können, wie z.B. Maßnahmen im Rahmen der Eigenkontrollverordnung oder Entscheidungen zur Kläranlage müssen soweit es geht „gestreckt“ und /oder gesplittet werden.

Im gleichen Zug mit getätigten Investitionen müssen die Wasser- und/oder Abwassergebühren angepasst werden.

Andere Projekte müssen auf ihre zeitliche Realisierbarkeit überprüft werden. Zu diesen Vorhaben zählt unserer Meinung nach auch der Hochwasserschutz für Wolfschlugen, dessen Durchführung (auch in Etappen) viele Millionen Euro kostet und daher u.U. auch noch europaweit ausgeschrieben werden müsste. Rücklagen für diese Projekte sind nicht vorhanden also müssten die Vorhaben voll über Kredite finanziert werden. Für Zuschüsse vom Land und Bund ist der Kosten/Nutzungsgrad, nach unseren Erkenntnissen, zurzeit nicht ausreichend! Hier empfehlen wir einen lokalen und zugleich kostengünstigeren Weg zu gehen der unserer Meinung nach ebenfalls zu einer deutlichen Minimierung möglicher Schäden führt.

Im intensiven Dialog mit unseren Bürgern sollte erklärt werden, weshalb die o.g. Maßnahme nicht zeitnah durchgeführt werden kann und Möglichkeiten zur Selbsthilfe aufgezeigt werden.

z.B.:

- Eigeninitiative – funktionierende Rückstauklappen, kleine Wälle, Sandsäcke, spezielle Kellerfenster und – Türen,
- verstärkte Kontrolle der Zuflussmöglichkeiten in die Kanalisation, situationsgerechte Umgestaltung
- Pflege der Drainagen und Gräben auf den Flächen rund um die Gemeinde durch die Bauern oder im Auftrag der Gemeinde
- an sensiblen Stellen Kulturen bevorzugen die eine stärkere Wasserretention auch bei starken Regenfällen ermöglichen
- Erhöhung der Abflussrate in den Föllbach?

Dieser lokale Weg wird umso erfolgreicher je besser, je intensiver, je zielführender der Dialog der Fachleute mit den Bürgern unserer Gemeinde ist! Weitere Anträge (3,4, 5 und 8) zielen darauf ab Sachkosten zu sparen, Einnahmen durch Immobilienverkäufe zu generieren, Personalkapazitäten frei zu stellen um sie anderweitig rationeller einsetzen zu können sowie Kosten für Fachberatung im Bereich des Bauamtes zu reduzieren.

Hier gehen wir nicht weiter ins Detail da noch Gespräche geführt werden müssen und beschränken uns auf einige Anregungen:

z. B.

- Eine verstärkte Koordinierung des Informationsflusses unter vermehrter Nutzung der elektronischen Wege aber auch das direkte Gespräch wären einfache jedoch effektive Möglichkeiten zur Kostenersparnis und Umweltentlastung.

(Negativbeispiel: schriftliche Absage des TA-Termins vom 07.02.11, 3,5 Zeilen, DIN A4, mit Bote)

- Die Fremdkosten für Fachberatungen vor allem im Bereich des Bauamtes liegen seit geraumer Zeit zwischen 170.000 bis ca. 300.000 Euro jährlich, je nach Investitionsvolumen und Vorhaben der Gemeinde.

Wir sind der Meinung, dass gezielte Fortbildung, bessere Planung und entsprechende Ausschreibung unseren betroffenen Mitarbeitern vom Bauamt

und Verwaltung die Möglichkeit eröffnen ihre beruflichen Kompetenzen zu erweitern. Sie könnten sich neue Verantwortungsbereiche erschließen und so ihren Arbeitstag auch interessanter gestalten. Inwieweit dabei auch eine Höherstufung in Frage käme, wäre zu klären!?

Dabei sollten auch alle Möglichkeiten ausgeschöpft werden unsere lokale Wirtschaft an geplanten Projekten zu beteiligen und zwar, das sagen wir mit aller Deutlichkeit, mehr als in den Jahren davor!

Die Qualität der Arbeit wäre bekannt (gut), teure Fachberater meist entbehrlich (diese könnten z. T. durch Hinzuziehen sachkundiger Bürger ersetzt werden), Ansprechpartner vor Ort und die Umwelt geschont...

- Bei der Landschaftspflege, Grünflächen, Kinderspielplätze möchten wir eine kostenfreundliche Veränderung vorschlagen.

Gestaltung, Bepflanzung und Pflege sollten nachhaltig aufeinander abgestimmt werden so, dass mit wenigen, auch maschinell unterstützten Durchgängen jährlich ein passables Ortsbild erreicht wird.

Die Veränderung sollte Zug um Zug im Rahmen der sowieso anfallenden Pflegearbeiten erfolgen.

- Wenn Arbeiten in diesem Bereich nicht von unsrem Bauhof ausgeführt werden können, sollten sie ausgeschrieben werden und nicht mehr auf Stundenbasis abgerechnet werden!

Antrag 6 - Kostensituation Musikschule

Ein klares ja zur Musikschule!

Ein klares nein zu den Gesamtkosten von jährlich 310.000 Euro (bei 40 Wochen Unterricht)!

Ein klares nein zum Zuschussbedarf von 120.000 bis 150.000 Euro! Das sind 3000 bis 3.700 Euro wöchentlich.

Was wollen wir und was kann die Gemeinde?

Wir wollen eine solide Ausbildung anbieten, weil es der Entwicklung unserer Kinder gut tut!

Und wir wollen die Kosten dafür in den Griff bekommen!

Erste erfolgreiche Schritte sind getan. Sie reichen, unserer Meinung nach, jedoch nicht aus um weitere substanzielle Kostenreduzierungen zu ermöglichen.

Wir empfehlen daher zeitnah und in definierten Abständen weitere Maßnahmen:

z.B.:

- Audits in den Bereichen des statischen Qualitätsmanagements (Nachweise über vertragsmäßige Vereinbarungen) und der dynamischen Qualitätssicherung (Erfassung von Entwicklungstrends, Rückmeldungen über die Wirksamkeit eingeleiteter Maßnahmen).

Eine Änderung der Organisationsform - als Verein - sollte ebenfalls durchgerechnet werden.

Personal / Verwaltung – Antrag 2

Ein wichtiges und überaus sensibles Thema bei dem noch viel

Beratungsbedarf besteht um zu relevanten Ergebnissen zu gelangen. Die 2,6

Mill. Euro Personalkosten, trotz Outsourcing Tendenz steigend, binden 22,9% unseres Verwaltungshaushaltes. Das macht sich in Krisenzeiten wegen Wegbrechens der Gewerbesteuererinnahmen deutlich bemerkbar.

Wir sind der Meinung, dass eine Reduzierung auf 18,5% einen kleinen jedoch wirksamen Puffer darstellt und Haushaltsreserven ermöglicht.

die zum Teil auch im Bildungsbereich (z.B. U 2 Betreuungsplätze) eingesetzt werden könnten.

Die **geplante Strukturreform** mit neuem Stellenplan, Aufgabendurchforstung und – Zuteilung, effizientere Aufgabenbewältigung sind nur einige wichtige Stellgrößen für eine moderne, schnelle und trotzdem schlanke Verwaltung.

Wir waren der Meinung, dass diese Aufgabe nach außen an die GPA vergeben werden sollte. Inzwischen haben wir unsere Meinung geändert.

Wer könnte besser an diesen sensiblen Stellschrauben drehen als eingeweihte und kompetente Mitarbeiter - die Amtsleiter zusammen mit dem Bürgermeister.

Sie kennen ihre Kolleginnen und Kollegen mit ihren Stärken und Schwächen und könnten sie optimal einsetzen, fordern und fördern!

Stromnetze rekommunalisieren

Wir sind der Meinung, dass Wolfschlügen die Risiken einer Netzübernahme nicht schultern kann,

- **aus fachlicher Sicht**
- **aus finanzieller Sicht**
- **Personalstruktur**
- **kaum Möglichkeiten der Mitbestimmung**

Um eine Rekommunalisierung erfolgreich umzusetzen, müssen einige Voraussetzungen erfüllt sein:

- eine Vision für die Rekommunalisierung sowie klare Ziele und Strategien,
- eine eigene unternehmerische Position der Kommune selbst ,
- Einigkeit der Entscheider in Politik und Verwaltung zum Vorgehen bei der Rekommunalisierung (verbindlicher Zeitplan und eine effiziente Projektsteuerung); die meisten gemeinsamen Rekommunalisierungsvorhaben mehrerer Kommunen scheitern an der Frage der Mitbestimmung, der Konzepte, der „Chemie“ und der Projektsteuerung. Auch die geplante gemeinsame Ausschreibung mit mehreren Nachbarkommunen scheitert nun, weil einzelne Kommunen aus der Kooperation ausgeschieden sind.

In der Regel haben der bisherige Netzbesitzer und die kaufwillige Kommune unterschiedliche Vorstellungen bezüglich des Kaufpreises der Netze, weswegen es oft zu langwierigen Verhandlungen kommen kann.

Da auch die wichtigsten oben genannten Voraussetzungen in Wolfschlügen fehlen, ist es schwierig, Rekommunalisierung erfolgreich zu betreiben.

Fazit für heute und in den nächsten Jahren – nicht mehr am Limit wirtschaften,

- alles tun um einen ausgeglichenen Haushalt mit Pufferkapazitäten zu ermöglichen!
- das würde eine weitere Verschuldung verhindern!
- den Abbau von 8 Millionen Euro Schulden möglich machen!

Wir wollen eine attraktive Gemeinde bleiben, Zukunft gestalten können, generierte Werte für unsere Kinder erhalten
Machen wir Wolfschlugen wieder fit - für unsere Kinder, für unsere Eltern, für uns!

Wir bedanken uns bei allen die sich für dieses Ziel einsetzen:

Bei Ihnen Herr Bürgermeister Ruckh, bei ihrem Team in der Verwaltung, bei allen Erzieherinnen in den Kindergärten und Jugendhaus, bei den Mitarbeitern vom Bauhof, bei der freiwilligen Feuerwehr, bei den kirchlichen Institutionen, den vielen Ehrenamtlichen in unseren Vereinen dem Lehrpersonal und Hilfspersonal unserer Schule, bei den Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderats

Wir bedanken und bei den Bürgerinnen und Bürgern von Wolfschlugen für das Vertrauen in unsere Arbeit.

Gemeinderätin Gabriela Wiesmann, Offene Grüne Liste:

Es war in den vergangenen 13 Jahren noch nie so unangenehm, eine Haushaltsrede zu verfassen wie diesmal, denn noch nie war unsere Kassenlage so schlecht. Es gab zwar schon ab und zu einzelne Jahre mit weniger Gewerbesteuererinnahmen als geplant, aber nie in diesem Umfang. War unsere Einschätzung im letzten Jahr noch geprägt von einer gewissen Hoffnung auf Besserung, so ist diese Hoffnung nun der Erkenntnis gewichen, dass wir auch in diesem Jahr ohne große Schuldenaufnahme noch nicht mal die Gehälter der Mitarbeiter zahlen werden können und jede noch so kleine Investition nur auf Pump erfolgen kann. Unsere Schulden haben sich im Jahr 2010 verdoppelt und 2011 werden noch mal 1,3 Millionen dazukommen. Selbst wenn sich die Einnahmenlage dramatisch verbessern sollte – womit man nicht rechnen kann -, werden wir viele Jahre brauchen, um diesen Schuldenberg wieder abzubauen.

Die Situation sieht also ziemlich hoffnungslos aus, wie gehen wir damit um und welche Lehren ziehen wir daraus?

Eine Lehre ist natürlich die, dass wir in der Vergangenheit deutlich über unsere Verhältnisse gelebt haben. Wenn Geld da war, hat man es für neue Projekte ausgegeben, ohne Rücklagen für die Sanierung der bestehenden Gebäude und Anlagen zu bilden. Diese Altlasten holen uns jetzt ein, insbesondere im Bereich Kanal und Kläranlage, aber auch bei vielen Gebäuden. Das bedeutet, dass Investitionen in den nächsten Jahren ausschließlich in diesem Bereich erfolgen werden. Und sobald wieder Geld da ist, muss man Rückstellungen für jedes einzelne Gebäude bilden. Ich habe eine gewisse Hoffnung, dass die Umstellung der Haushaltsrechnung auf die Doppik uns da den Überblick erleichtern wird.

Auch im Personalbereich geben wir zu viel Geld aus, wir leisten uns viele gut bezahlte Mitarbeiter, es werden mehr als die Kernaufgaben einer Gemeinde im Rathaus wahrgenommen, natürlich zum Nutzen unserer Bürger.

Wirklich dauerhaft Kosten reduzieren kann man nur im Personalbereich. Wir haben bereits im letzten Jahr eine Wiederbesetzungssperre erlassen, die

weiterhin Geltung hat. Zufällig hat es den Bauhof zuerst getroffen, bei dem eine Stelle nicht wieder besetzt wurde. Aber auch auf dem Rathaus sehen wir Potential für Effektivitätssteigerungen. Ein Organisationsgutachten im Rathaus soll helfen, Arbeitsabläufe effektiver zu gestalten und die personelle Umstrukturierung, die in den nächsten Jahren durch Ausscheiden einiger Mitarbeiter anstehen wird, sinnvoll zu gestalten. Prämisse dieses Gutachtens muss allerdings sein, die vorhandenen Mehraufgaben, die ja zu einem großen Teil zeitlich begrenzt sind (neue Wassergebührenkalkulation oder die Umstellung auf Doppik), ohne neues Personal zu stemmen. Vielmehr muss den vorhandenen Mitarbeitern eine attraktive Perspektive geboten werden. Aufgabenkritik ist hier durchaus erwünscht, hier sollte sich der Gemeinderat auch einbringen.

Eine weitere Geldausgabe, über die wir nachdenken müssen, sind die Freiwilligkeitsleistungen der Gemeinde, das sind Musikschule, Bücherei und Vereinsförderung. Hier wollen wir von der offenen grünen Liste (noch) nicht kürzen, gewisse Einsparvorschläge wurden von uns ja schon im letzten Jahr beantragt und sind mittlerweile umgesetzt. Die Musikschule muss sich auf die Grundausbildung in den gängigen Instrumenten beschränken und möglichst Gruppenunterricht anbieten. Auch die Organisationsstruktur kann überdacht werden, eventuell gibt es hier Einsparmöglichkeiten. Insgesamt sehen wir jedoch den Nutzen, der unseren Bürgern und insbesondere den Kindern und Jugendlichen durch die Musikschule, Bücherei und vor allem die Vereinsarbeit entsteht, als fast unbezahlbar hoch an. Wenn man die vielen ehrenamtlichen Stunden gegenrechnet, die in Vereinen geleistet werden, dann ist die Vereinsförderung sicher gut angelegtes Geld.

In Zukunft werden wir auch noch das Bildungshaus als freiwillige Aufgabe haben, hier sollte das Jugendhaus unbedingt in die Konzeption integriert werden, da hier personelles Potential und fachliche Kompetenz vorhanden ist. Um den Haushalt nicht noch schlechter dastehen zu lassen und überhaupt genehmigungsfähig zu bekommen, sind wir gezwungen, auch die Einnahmenseite zu betrachten. Und Einnahmen bei der Gemeinde zu erhöhen, bedeutet immer, die Bürger stärker zu belasten. So werden wir jetzt die Friedhofsgebühren erhöhen und auch die Abwassergebühren werden noch weiter steigen. Die Grundsteuer haben wir bereits angehoben. Die Bürger, die darüber sicher nicht begeistert sind, sollten bedenken, dass wir die Gebühren und Steuern viele Jahre nicht verändert haben und wir uns auf einem sehr niedrigen Niveau verglichen mit anderen Gemeinden befunden haben. Auch nach den Erhöhungen sind wir schlimmstenfalls im Mittelfeld der Vergleichsgemeinden. Investitionen im Abwasserbereich ziehen leider so gut wie immer Gebührenerhöhungen nach sich.

Das waren jetzt praktisch keine positiven Aspekte in meiner Rede. Aber es gibt natürlich welche: Wir dürfen nicht vergessen, dass wir nach wie vor ein sehr hohes Niveau in vielen Bereichen der Gemeinde haben, unsere Schule und die Kindergärten sind hervorragend ausgestattet, Rathaus und Vereine sitzen in überaus großzügigen Räumlichkeiten. Unser größtes positives

Potential sind aber die Menschen: Wir haben sehr engagierte Mitarbeiter in der Gemeinde, bei denen ich mich für Ihren Einsatz herzlich bedanken möchte. Insbesondere Herrn Haug danken wir für die Arbeit und das Kopfzerbrechen, dass ihm dieser Haushaltsplan sicher bereitet hat. Außerdem haben wir einen fast schon beängstigend fleißigen und fähigen neuen Bürgermeister, der sich in sehr kurzer Zeit in seine Aufgabe eingearbeitet hat und viele neue Ideen und auch einen neuen Geist mitbringt. Ich wünsche Ihm, dass die Kraft noch für viele Jahre solch begeisterten Arbeitens reicht.

Und wir haben nicht zuletzt unsere Bürger, die sich in Vereinen und Kirchen einbringen, die aber auch außerhalb von Institutionen immer bereit sind, mit anzupacken, wie kürzlich erst beim Umzug der Schule. Und da sehen wir auch unsere große Zukunftschance. Wir müssen noch enger zusammenrücken und partnerschaftlich mit unseren Bürgern kooperieren, sei es bei Entscheidungsfindungen oder Ausführung von Beschlüssen. Wir sind da schon auf einem ganz guten Weg und deshalb ist mir auch vor der Zukunft nicht bange.

Für die SPD hielt Gemeinderat Andreas Broß fest:

Im Namen der SPD danken wir der Verwaltung, dass sie es auch in diesem Jahr fertig gebracht hat, den Haushaltsplan pünktlich vor Beginn des Rechnungsjahres vorzulegen. Wir danken allen, die an der Beschaffung der notwendigen Zahlen und Daten beteiligt waren und das Zahlenwerk umgesetzt haben. Wir danken aber auch allen Bediensteten im Rathaus, dass sie in diesem Jahr des Wechsels an der Rathausspitze gewohnt gut gearbeitet haben und damit dem neuen Chef seinen gelungen Start in Wolfschlugen ermöglichten. Ein besonderer Dank geht heute aber auch speziell an den Bauhof, der in den letzten Tagen bereits sehr viel mit Schnee und Eis zu kämpfen hatte.

1. FINANZSITUATION DER KOMMUNEN IN BADEN-WÜRTTEMBERG

Nachdem es den Kommunen von Baden-Württemberg in den Jahren 2006 – 2008 im Landesdurchschnitt finanziell sehr gut ging, hat sich die Entwicklung seit 2009 dramatisch umgekehrt. Die Steuereinnahmen fielen landesweit um 14,5%, während gleichzeitig die kommunalen Ausgaben um rd. 6,4% stiegen. Das Tief von 2009 ist trotz des Aufschwungs im Jahre 2010 noch nicht überwunden, weil die wieder gut verdienenden Gewerbebetriebe noch hohe Verlustvorträge haben. Dazu kommt noch für Gemeinden wie Wolfschlugen, dass der baden-württembergische Finanzausgleich erst mit zwei Jahren Verzögerung die hohen Einnahmen der Vorjahre in die Umlageberechnung einbezieht und der Kreis und die Region ebenso verfahren. So haben wir hohe Umlagen zu zahlen.

Einer der größten Einnahmeposten ist auch im Jahr 2011 wieder die Gewerbesteuer.

In diesem Zusammenhang schreckt uns natürlich die Nachricht, dass die Bundeskanzlerin, trotz gegenteiligem Versprechen, noch vor 2 Jahren, eine

Gemeindefinanzkommission eingerichtet hat, die gerade die Abschaffung der Gewerbesteuer prüft. Wenn sich CDU und FDP bundesweit durchsetzen, gehen wir schweren Zeiten entgegen.

2. RÜCKBLICK / AUSBLICK

Ein Thema mit dem sich der Gemeinderat 2010 lange Zeit beschäftigt hatte, war die zukünftige Organisationsform unserer Hauptschule. Nach langen und intensiven Beratungen entschied sich der Gemeinderat dann für eine gemeinsame Werkrealschule am Schulstandort Neuhausen.

Im Bereich der Investitionen würde 2010 in eine neue Heizungsanlage im Schulzentrum investiert. Für die Erneuerung der Heizungsanlage welche mit einem Gesamtvolumen von 273.000 Euro zu Buche schlug, wurde durch ein Drittel mit Fördermitteln aus dem Konjunkturpaket bezuschusst.

Ebenfalls, aber in vollem Umfang, wurde die Einrichtung einer Mensa im ehemaligen Versammlungsraum der Turn- und Festhalle bezuschusst. Jedoch wird die Mensa durch die Bildung der Werkrealschule mit Neuhausen im Moment leider nicht genutzt. Auch musste in notwendig gewordene Erhaltungsmaßnahmen im Bereich der Kläranlage investiert werden.

Der im Jahr 2010 gestellte Antrag auf die Einrichtung eines Bildungshauses für das Jahr 2011 wurde noch im Dezember genehmigt. Die Finanziellen zusätzlichen Kosten für das Bildungshaus in Höhe von ca. 45.000 Euro werden zum Teil durch die entstandenen Einsparungen aus dem Wegfall der Hauptschule kompensiert. Letztendlich hängt der Erfolg des Bildungshauses aber hauptsächlich vom Engagement aller Beteiligten, also der Lehrer, Erzieher und Eltern ab. Aber auch wir Gemeinderäte sehen uns hierbei in der Pflicht.

Die schon 2010 angespannte Finanzielle Haushaltslage der Gemeinde wird sich auch im Jahr 2011 fortsetzen. Die Einnahmen im Bereich der Einkommens- und Gewerbesteuer sind auf ein für den Gemeindehaushalt erschreckendes Niveau zurückgegangen.

Es darf nicht verschwiegen werden dass schon jetzt allein 200.000 Euro des Haushaltsvolumens für die Kredittilgung ausgegeben werden müssen.

3. THEMENSCHWERPUNKTE

- Ein wichtiges Thema wird in diesem Haushaltsjahr die **Zukunft** unserer **Kläranlage** in Wolfschlugen darstellen. Es wird darum gehen eine Entscheidung zu treffen ob am Kläranlagenstandort in Wolfschlugen festgehalten wird, oder eine Angliederung Wolfschlugens an die Kläranlage im Aichtal erfolgen soll. Für eine Angliederung an Aichtal sprechen Punkte, wie eine bessere Personalausstattung und eine erhöhte Zukunftssicherheit bei der Einhaltung von neuen EU-Grenzwerten bei der Wasserwiederaufbereitung. Dem Entgegenzusetzen ist ein sehr hoher Erstinvest.

Letztendlich muss für uns die Entscheidung in dieser Frage ergebnisoffen anhand eines Gutachtens diskutiert und letztendlich getroffen werden.

- Nach dem Umzug der **Grundschule** in das ehemalige Hauptschulgebäude gilt es in diesem Jahr eine **Konzeption** für die nun leerstehenden Räume in unserer ehemaligen Grundschule zu erarbeiten. Auch einer Nutzung der

Räumlichkeiten durch fremde Bildungsträger stehen wir offen gegenüber. Egal in welche Richtung die Entscheidung des Gemeinderates letztendlich gehen wird, schon jetzt steht fest, dass nicht unerhebliche Investitionskosten in die Gebäudeinfrastruktur auf die Gemeinde zukommen werden.

- Bei der **Ausweisung** von neuen **Baugebieten** hat die Innenentwicklung für uns als SPD im Wolfschlugener Gemeinderat Vorrang. Es wird aber auch darauf zu achten sein, dass mögliche Synergieeffekte wie die Ausweisung von Neubaugebieten, den Hochwasserschutz und die Umsetzung der Eigenkontrollverordnung genutzt werden.

Im Bereich des Kanalnetzes besteht ein sehr großer Sanierungsbedarf welcher im Zuge der Eigenkontrollverordnung umgesetzt werden muss. Auch hierbei werden mögliche Maßnahmen zum Hochwasserschutz mit einfließen.

- Ein weiterer, nicht unwichtiger Punkt, in welchen die Gemeinde investieren wird, ist das Thema **Straßenbeleuchtung**. Die bisherige Technik der Straßenbeleuchtung in Wolfschlugen ist stark veraltet und wird dem heutigen Standard, was Energieeffizienz betrifft, und in Zukunft dem EU-Verbot von Quecksilberdampflampen nicht mehr gerecht. Es muss letztendlich eine Entscheidung darüber fallen ob die Gemeinde in eine Übergangslösung mit dem Austausch der Leuchtmittel oder eine langfristige Lösung mit dem kompletten Austausch der Leuchtkörper investiert.

- Da der bestehende **Konzessionsvertrag** des Neckar-Elektrizitäts-Verbandes (NEV) mit der EnBW Ende 2012 ausläuft gilt es eventuelle Alternativen zum Konzessionsvertrag mit der EnBW bzw. dem Verbleib im NEV zu überprüfen. Eine mögliche Gründung eigener Stadtwerke scheidet aufgrund der Größe Wolfschlugens definitiv aus. Eine mögliche Beiteilung Wolfschlugens an bestehenden Stadtwerken mit der Einbringung des Netzes gilt es jedoch ernsthaft zu prüfen. Die einfachste und bequemste Lösung - ohne Überprüfung der möglichen Alternativen - einer Verlängerung der Konzession mit der EnBW zuzustimmen halten wir für falsch.

- Nachdem sich der Gemeinderat einstimmig gegen die Wiederbesetzung einer Stelle im örtlichen Bauhof ausgesprochen hat gilt es die dortige **Tätigkeitsregelung** zu **überprüfen** und zu optimieren.

Im Zuge der Überprüfung der Tätigkeitsregelungen im Bauhof sollte selbstverständlich auch die Organisationsstruktur innerhalb der Verwaltung im Rathaus überprüft und mit dem Ziel der Kosteneinsparung optimiert werden.

4. DANKSAGUNG

Zuletzt möchten wir uns auch ganz herzlich bei allen ehrenamtlich Tätigen bedanken, die ihren Beitrag leisten unsere demokratische Gesellschaft zu stützen, mitzutragen und so zu gestalten, dass sich die Bürgerinnen und Bürger in Wolfschlugen zu Hause fühlen.